

# Freie Wohlfahrtspflege NRW

---

Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände  
der Freien Wohlfahrtspflege NRW

Christian Woltering | Vorsitzender

c/o Der Paritätische Wohlfahrtsverband  
Landesverband NRW e. V.  
Loher Straße 7 | 42283 Wuppertal

Telefon: 0202 2822-502  
Telefax: 0202 2822-428  
vorsitz@freiewohlfahrtspflege-nrw.de

www.freiewohlfahrtspflege-nrw.de

Freie Wohlfahrtspflege NRW | Loher Straße 7 | 42283 Wuppertal

Herrn Ministerpräsidenten  
Hendrik Wüst  
Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen  
40213 Düsseldorf

01.06.2023

## Nachrichtlich an:

Frau Ministerin Josefine Paul  
Herrn Minister Karl-Josef Laumann  
Herrn Minister Dr. Marcus Optendrenk  
Herrn Thorsten Schick (Fraktion CDU)  
Frau Verena Schäffer (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Frau Wibke Brems (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

## Offener Brief der Freien Wohlfahrtspflege NRW zur Gefährdung von Einrichtungen und Diensten der sozialen Infrastruktur in NRW

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

die inflationsbedingt gestiegenen und weiter ansteigenden Sachkosten sowie die anstehenden deutlichen Tarifierhöhungen gefährden den Bestand vieler sozialer Träger in NRW. Es droht konkret die Situation, dass viele Angebote aufgrund der fehlenden Refinanzierung nicht mehr angeboten werden können. Die Landesregierung muss dringend einen Stabilitätspakt auflegen und zusätzliche Mittel freigeben, um die angespannte Situation gemeinnütziger sozialer Organisationen zu entschärfen und die Stabilität des Netzes der Daseinsvorsorge in NRW zu gewährleisten.

Mit Blick auf den für alle sozialen Träger richtungsweisenden Tarifabschluss des öffentlichen Dienstes (TVöD) vom 22. April 2023 besteht in der Trägerlandschaft eine massive Verunsicherung, wie die daraus resultierenden Kostensteigerungen bewältigt werden können. Insbesondere das ab heute (01.06.) zu zahlende Inflationsausgleichsgeld wird zahlreiche Träger vor große finanzielle Herausforderungen stellen und zu enormen bis hin zu bestandsgefährdenden Problemen führen.

Insbesondere am Beispiel der Kindertageseinrichtungen wird die Problematik sichtbar: Die verhandelten Tarifsteigerungen müssen jetzt bezahlt werden und können nicht erst aus der angekündigten Anpassung der Kindpauschalen für das Kindergartenjahr 2023/2024 bewältigt werden. Eine Anpassung der Kindpauschalen im Hinblick auf den Tarifabschluss vom 22. April 2023 würde normalerweise erst frühestens zum 01. August 2024 erfolgen. Dies kommt für die Träger definitiv zu spät. Zusätzlich muss neben dem durch das Land NRW finanzierten Anteil der Förderung auch eine rechtliche bzw. finanzielle Lösung für die kommunalen Anteile der Kindpauschalen gefunden werden. Wir gehen davon aus, dass viele Träger das Finanzierungsdelta bis zur entsprechenden regulären Anpassung der KiBiz-Pauschalen nicht überbrücken können. Es ist zu befürchten, dass Träger Angebote kürzen oder ganz einstellen müssen.



PARITÄT



Diakonie



Die Situation bedeutet aber auch über den Bereich der Kindertageseinrichtungen hinaus eine enorme Herausforderung für viele Träger der Freien Wohlfahrtspflege. Es sind sowohl die entgeltfinanzierten Bereiche betroffen, als auch die zuwendungsfinanzierten. Es trifft von der Pflege über den offenen Ganzttag bis hin zu Frauenhäusern und Migrationsberatung alle Bereiche der sozialen Arbeit. Auch da, wo der TVöD nicht vollumfänglich angewendet wird, ist er vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels sicher der Leittarif für die weiteren Tarifabschlüsse und weckt konkrete Erwartungen in der Belegschaft. Ohne gesicherte Refinanzierung wäre die Konsequenz vielerorts jedoch eine Nullrunde. Das wäre ein Schlag ins Gesicht der Mitarbeitenden und hätte massive Auswirkungen auf die Attraktivität der Berufsfelder im Sozialbereich.

Aktuell wird in den Diskussionen mit den Kostenträgern mit Verweis auf die angespannte Haushaltslage immer noch auf Zeit gespielt und auf die nächsten Jahre verwiesen. Diese Zeit hat die soziale Infrastruktur in NRW nicht!

Sehr geehrter Herr Wüst,  
da es hierbei um die Stabilität der sozialen Infrastruktur in ganz Nordrhein-Westfalen geht, richten wir uns mit diesem Schreiben an Sie als Ministerpräsidenten. Bitte setzen Sie sich für die sozialen und gemeinnützigen Einrichtungen und Dienste und deren Mitarbeitende ein, um eine gesamtgesellschaftliche Krise abzuwenden. Die Landesregierung muss dringend einen Stabilitätspakt auflegen und zusätzliche Mittel freigeben, um die angespannte Situation gemeinnütziger sozialer Organisationen zu entschärfen.

Für Rückfragen und Beratungen stehen wir selbstverständlich zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

**Christian Woltering**  
Vorsitzender | Arbeitsgemeinschaft  
der Spitzenverbände  
der Freien Wohlfahrtspflege NRW